„Wir brauchen den Islam“ Auch wenn diese Aussage von Thomas Heilmann unvollständig zitiert wurde, so steht dieser Ausdruck mittlerweile stellvertretend für die Meinung vieler Politiker im Land, die – freilich aus unterschiedlichen Motiven – alles dafür tun, um dem Volk, welches nicht das geringste Interesse daran hat, noch mehr bildungsferne Einwanderer in das Land und die Sozialsysteme zu holen oder noch mehr Steuern auszugeben, damit diese Einwanderungsschicht sich doch bitte bitte integriert, den Islam als die Lösung aller Probleme zu verkaufen.

Die Linkspartei/SED möchte mithilfe der Masseneinwanderung das Konstrukt „Nation“ und „Vaterland“ (was nichts anderes ist als „Familie“ und „Heimat“) abschaffen, um ein Volk ohne Identität zu schaffen; ein solches Volk wäre schwach, orientierungslos und somit leicht hin zum Sozialismus zu manipulieren. Die Grünen und die SPD dagegen betreiben Klientelpolitik, da Muslime diese beiden Parteien größtenteils wählen. In diesem Kontext sind die SPD-Forderungen nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer oder dem Türkei-Beitritt zu verstehen, und eben auch der Import neuer SPD-Wähler aus dem muslimischen Kulturkreis. Jüngst kam der Plan der linken britischen Labour Regierung zutage, den muslimischen Anteil an der britischen Bevölkerung auf 50% anzuheben, um somit sicherzustellen, dass konkurrierende (konservative) Parteien für alle Zeit ausgeschaltet wären. Bürger, die dies nicht wollten, wurden als „Rassisten“ diffamiert. So wird ein Volk von der Partei zu Aktien degradiert, die nach Belieben abgestoßen werden können, wenn muslimische Aktien mehr Gewinn (Wählerstimmen) einbringen. Denselben Plan hat auch „unsere“ SPD, die aktiv in der türkischen Zeitung „Hürriyet“ für mehr Zuwanderung von Muslimen wirbt. Was allerdings Frau Merkel dazu bewegt hat, demselben Blatt gegenüber mit „Wir brauchen euch (Türken), damit wir unseren sozialen Wohlstand beibehalten können“ für mehr türkische Zuwanderung zu werben, ist wohl vielen CDU Mitgliedern und der wachsenden Masse ehemaliger CDU-Wähler vollkommen schleierhaft. Anstatt die klaffende Lücke, die die SPD mit ihrem Linksruck geöffnet hat, zu füllen und somit wieder zu einer 40+X Partei zu werden, springt die CDU ihr hinterher und überlässt auf der konservativen Seite ein weites Brachland, welches nur danach schreit, beackert zu werden.

Aber mal davon abgesehen, sollten ohnehin nicht parteitaktische Motive, sondern das Gemeinwohl des Volkes im Vordergrund stehen, für welches die Volksvertreter und Parteien

überhaupt nur gewählt werden. Und hier kann wohl keine Rede von einer nachhaltigen oder vorausschauenden Politik sein, wenn es um die Gesamtmasse der Muslime geht. Man braucht sich nur die Zahlen und Fakten anzuschauen, um zu sehen, dass die Rhetorik der Eliten nichts mit der bitteren Realität gemein hat, der die Bevölkerung hilflos zwangsausgesetzt ist.

In Berlin haben 79% der Intensivtäter einen Migrationshintergrund (fast alle davon sind Muslime), die auch generell in den Kriminalitätsstatistiken überproportional vertreten sind – einer der Effekte der staatlich verordneten muslimischen Masseneinwanderung (denn das Volk wurde ja nie gefragt). Anstatt aber hart dagegen vorzugehen, werden Verfahren immer und immer wieder aufgrund des sogenannten „Migrantenbonus“ eingestellt oder mit lächerlich milden „Strafen“ geahndet, die seitens der Täter jeden Respekt vor dem Staat dahin schmelzen lassen und geradezu ein weiterer Schlag ins Gesicht der Opfer sind. Wolfgang Schäuble sagte einst, dass es die ursprünglichste Aufgabe des Staates sei, für die Sicherheit seiner Untertanen zu sorgen, damit diese sich in Freiheit entwickeln können. Wo aber der Staat diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen kann oder will, hat er seine Legitimität verloren. Ein Drittel der Berliner fährt aus Angst vor Übergriffen von „Jugendlichen“ nicht mehr mit der U-Bahn. Ein weiteres Drittel tut dies nur noch am Tage. Somit wird der öffentliche Raum für den anständigen Normalbürger zur Bedrohung, was entgegen seinem Recht auf eine freiheitliche Entwicklung steht. Zur Erinnerung: wir sprechen hier von Deutschland.

Auch unter wirtschaftlichen Aspekten kann keine Rede davon sein, dass Muslime in irgendeiner Weise förderlich für das Gemeinwohl sind. Während *nicht-muslimische* Migranten bestens zur Wohlfahrt unseres Staates beitragen – und das gänzlich ohne Integrationshilfen oder Forderungen nach solchen – übersteigen die Kosten der Zuwanderung und der Integration von Muslimen den Nutzen bei weitem. So hat sich die Zahl der größtenteils muslimischen Zuwanderer in den letzten Jahrzehnten verdreifacht, während die Zahl der beschäftigten Muslime konstant geblieben ist – folglich ist die Zuwanderung direkt in die deutschen Sozialsysteme erfolgt. Heute erhalten in Berlin
72% der Türken staatliche Transferleistungen
, Geld welches von arbeitenden Bürgern täglich bezahlt wird. Gleichzeitig aber wird die deutsche Gesellschaft mit einer Flut an muslimischen Forderungen überhäuft, oft gepaart mit chronischem Beleidigtsein und einseitiger Schuldzuweisung an die Mehrheitsgesellschaft, die anscheinend nicht nur kräftig für Muslime zahlen soll, sondern dies trotz der unzumutbaren Zustände auch noch mit einem herzlichem Lächeln tun soll, sonst fühlen sich Muslime nämlich ausgegrenzt und verweigern die Integration.

Auch die *FAZ* findet, dass grundsätzlich etwas schief läuft: „*Der Staat zahlt die Mieten, die Sozialhilfe, das Kindergeld und die Krankenversicherung und versetzt die Eingewanderten in die Lage, bescheiden zu leben, ohne Kontakt zu den verachteten Deutschen.*
” Und in der

Welt
heißt es „
Abrechnung mit einem Mythos
“, wenn dem deutschen Volk wieder erzählt werden soll, wie wichtig Muslime für uns sind. Man schätzt alleine die direkten Kosten der Zuwanderung auf rund 17 Milliarden Euro! Dieses Muster findet sich übrigens in allen europäischen Staaten wieder; z.B. machen die dänischen Muslime nur 5% der Bevölkerung aus, nutzen aber 40% der Sozialleistungen, während sie sich in Parallelgesellschaften abschotten und eine Forderung nach der anderen stellen.

Die Bildung kann leider auch nicht die Bereicherung sein, die uns immer wieder vorgepredigt wird, da laut Spiegel über 75% der Berliner Türken nicht mal einen Schulabschluss besitzen! Gerade mal 8% der männlichen Türken schaffen das Abitur. Araber schneiden sogar noch schlechter ab. Schulen mit hohem Migrantenanteil, wie es sie gerade in Berlin Mitte gibt, sind effektiv nicht mehr funktionsfähig, wie aus dem Brandbrief von 68 (!) Schulleitern aus Mitte zu entnehmen war. Dort hat „Du scheiß deutsche Hure“ das ehemalige „Frau Lehrerin“ als Anrede ersetzt. Aber das ist kein Problem, denn als „Lösung“ werden einfach die Anforderungen abgesenkt, damit die Muslime „teilhaben“ können. Verantwortungsvolle Politik für ein High-Tech-Land sieht anders aus.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass es nicht gegen Muslime geht, die sich hier integrieren, Religion als spirituelle Privatsache betrachten und sich dem Grundgesetz verpflichten. Diese Menschen können in der Tat als Bereicherung angesehen werden und sind in diesem Land auch willkommen. Es geht gegen diejenigen, die es nicht tun.

Diese benutzen die Religion als Schutzschild für eine Ideologie, die in ihrem heiligen Buch rund 200 Mal zum Mord an Juden und Christen („Affen und Schweine“) aufruft, die voller Unterwerfungsforderungen ist, übersetzt gar „Unterwerfung“ heißt, die sich weltweit durch religiöse Intoleranz einen Namen gemacht hat - vom internationalem Terrorismus ganz zu Schweigen, die mit vielen nicht-muslimischen Nachbarn im Streit liegt, die Frauen zu Menschen zweiter Klasse degradiert, als direktes Wort Allahs unreformierbar ist und natürlich auch die UN Menschenrechtscharta nicht anerkennt - die islamischen Länder haben 1980 ihre eigene Menschenrechtserklärung verfasst, dessen Grundlage die Scharia ist, die unseren Werten diametral gegenüber steht, wie zumindest die Organisation
Humanrights
findet. Aber das ist alles egal, denn wie wir wissen brauchen wir den Islam.

Und wir bekommen ihn. Heute leben 50 Millionen Muslime in Europa, weitere 56 Millionen sollen von der EU angeworben werden

. Hinzu kommen der Familiennachzug, Importbräute, legale und illegale Zuwanderung, Asyl und der relativ sicher kommende Türkei-Beitritt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben in Deutschlands Großstädten bereits bis zu 60% bei den jungen Jahrgängen einen Migrationshintergrund, von denen Muslime die größte Gruppe bilden. Prognosen zufolge wird in diesem Jahr die Zahl der Unter-25-jährigen nicht-deutscher Herkunft bundesweit bei 40% liegen.
(Quelle: Statistisches Bundesamt: „Bevölkerung Deutschlands bis 2050“)

Die Bevölkerungsstruktur bei unserem Nachwuchs ist ein Blick in unsere Zukunft. Und dennoch war auch bei der letzten Bundestagswahl das Thema Integration kaum eine Rede wert. Aber all unsere Anstrengungen auf anderen politischen Gebieten, Bildung, Wirtschaft, Umwelt etc, werden umsonst gewesen sein, wenn uns dieses Pulverfass um die Ohren fliegt.